



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/01085**  
Datum: 04.03.2020  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Dr. Ines Brock  
Melanie Ranft

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.03.2020	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gedenken hinsichtlich des Anschlages vom 9.10.2019**

### **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gedenken hinsichtlich des Anschlages vom 9.10.2019**

Am 9. Oktober 2019 hatte ein antisemitischer und rassistischer Attentäter mit Schusswaffen und Sprengsätzen versucht, in die Synagoge in Halle einzudringen, was ihm misslang. Im weiteren Verlauf des Anschlages erschoss er zwei Personen, Jana L. und Kevin S.

Die Zeit nach dem Anschlag war von einer breiten Anteilnahme der Stadtbevölkerung sowie Nicht-Hallenser\*innen geprägt. Dazu organisierten Initiativen, wie das Bündnis Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage, die Jüdische Gemeinde, die Kirchen sowie engagierte Einzelpersonen zahlreiche Gedenkveranstaltungen und unterstützten Angehörige und Betroffene.

Am 9.10. 2020 wird sich diese antisemitische und rassistische Tat zum ersten Mal jähren.

Wir fragen:

1. Plant die Stadtverwaltung an diesem Tag bzw. rund um dieses Datum Gedenkveranstaltungen? Wenn ja, welche konkreten Veranstaltungen sind vorgesehen?
2. Wie bezieht die Stadtverwaltung engagierte Bürger\*innen der Stadt Halle, Vereine und Initiativen sowie die Angehörigen der Opfer und die Betroffenen in die Planungen der Gedenkveranstaltungen ein? Welche konkreten Vereine und/oder Initiativen, Netzwerke sind beteiligt?

3. Gibt es hinsichtlich der Planung von Gedenkveranstaltungen eine Zusammenarbeit mit Akteur\*innen außerhalb der Stadt Halle, z.B. mit dem Land Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung?

Dr. Inés Brock  
Fraktionsvorsitzende

Melanie Ranft  
Fraktionsvorsitzende



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

27. März 2020

**Sitzung des Stadtrates am 25.03.2020**

**Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gedenken hinsichtlich des Anschlages vom 09.10.2019**

**Vorlagen-Nummer: VII/2020/01085**

**TOP: 10.15**

**Antwort der Verwaltung:**

- 1. Plant die Stadtverwaltung an diesem Tag bzw. rund um dieses Datum Gedenkveranstaltungen? Wenn ja, welche konkreten Veranstaltungen sind vorgesehen?**

Die Stadt Halle (Saale) plant gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt und weiteren Akteuren Veranstaltungen zum Gedenken anlässlich des Anschlages vom 9. Oktober 2019, dazu gehören unter anderem die Enthüllung von Gedenktafeln und Kranzniederlegungen an den Anschlagsorten; eine landesweite Demokratiekonferenz in Halle (Saale) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, öffentliche Gedenkveranstaltung auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale) als deutliches Zeichen der Zivilgesellschaft sowie eine Lichterkette um die Synagoge an Jom Kippur.

- 2. Wie bezieht die Stadtverwaltung engagierte Bürger\*innen der Stadt Halle, Vereine und Initiativen sowie die Angehörigen der Opfer und die Betroffenen in die Planungen der Gedenkveranstaltungen ein? Welche konkreten Vereine und/oder Initiativen, Netzwerke sind beteiligt?**

Die Gedenkveranstaltungen werden in einer Arbeitsgruppe geplant und abgestimmt. In dieser wirken im ersten Schritt Vertreter der Stadt Halle (Saale), der Staatskanzlei, der Jüdischen Gemeinde, der Kirchen, der Opferverbände, des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, der Geschäftsstelle des Beauftragten für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, der Mobilien Opferberatung Halle (Saale) und des Zeitgeschichten e.V. mit. In einem zweiten Schritt sollen weitere Akteure einbezogen werden, unter anderem das Bündnis gegen Rechts und die Fraktionen des Stadtrates.

- 3. Gibt es hinsichtlich der Planung von Gedenkveranstaltungen eine Zusammenarbeit mit Akteur\*innen außerhalb der Stadt Halle, z.B. mit dem Land Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung?**

Ja, siehe Antwort zu 2.

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister